

31. Newsletter gegen Rechtsextremismus

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 31. unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/euer Interesse freut sich und auf Ihre/eure Unterstützung hofft

Ihre/Eure Clara Herrmann
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Jeffrey Klein clara.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

Wenn Sie/ihr diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten/möchtet, können Sie/könnt ihr dies [hier](#) tun.

Inhalt

- [1. Eine scheinweise Informationspolitik-erneutes Versagen im NSU Prozess](#)
- [2. Bursche Bürge muss gehen](#)
- [3. Opfer rechtsextremer Gewalt anerkennen!](#)
- [4. 1.Mai - nazifrei](#)
- [5. Fester Nazitreff in Neukölln](#)
- [6. Presse](#)
- [7. Parlamentarisches](#)

1. Eine scheinweise Informationspolitik-erneutes Versagen im NSU Prozess

Innensenator Frank Henkels „Pannenserie“ reißt nicht ab. Erst hat er dem Parlament die Existenz der V-Person Thomas S. nicht mitgeteilt, die Hinweise auf das Trio hatte. Die Aufklärung darüber verlief mehr als schleppend. Nun muss er innerhalb von einer Woche das zweite Mal zugeben, dass Hinweise nicht an den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags geliefert worden sind. Hilflos entzieht der Innensenator „seiner“ Polizei das Vertrauen. Das reicht nicht. Er hat selbst „maximale Transparenz“ versprochen, aber für die Aufklärung nichts bewirken können. Sein Staatssekretär und er sind nicht willens oder in der Lage, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen.

Die neuen Informationen über die Verbindungen des Berliner V-Manns „VP 620“ (Name wird

Informationspolitik den Innenbehörden.

Bereits im Oktober 2012 hatte die Innenverwaltung den NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag über den Informanten informiert, allerdings dabei, wie sich nun herausstellte, fünf der insgesamt sieben Bezüge von „VP 620“ zum NSU-Umfeld nicht mit übertragen. In einem zweiten Nachklapp musste man einen weiteren Hinweis der „VP 620“ dem Untersuchungsausschuss im Bundestag und dem Abgeordnetenhaus mitteilen.

Wir fordern, dass die Berliner Erkenntnisse über den NSU und sein Umfeld nun lückenlos aufgeklärt werden und alle Fakten auf den Tisch kommen.

Presse, Parlamentarisches zu diesem Thema:

taz (08.05.2013): [Die Pannenserie geht weiter.](#)

Berliner Morgenpost(10.05.2013): [Neue NSU-Aktenpanne - Senator Henkel soll sich erklären.](#)

Berliner Kurier (14.05.2013): [Geheimakte VP 620: Der Schattenmann des NSU](#)

Antrag zu Beschlussfassung vom 16.05.2013: [?Opfer rechtsextremer Straftaten anerkennen!?](#)

[28. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung am 27.Mai 2013 \(mit auf der Tagesordnung: NSU Zwischenbericht\)](#)

2. Bursche Büge muss gehen

Michael Büge wird aus seinem Amt als Staatssekretär für Soziales zum 30. Juni entlassen.. Diese Entlassung war ein längst überfälliger Schritt. Es ist keine Privatsache eines Staatssekretärs, wenn er in inakzeptabler Nähe zu rechten Kreisen steht. Michael Büge ist Mitglied in der rechtsaußen Burschenschaft „Gothia“. Eine Kunstaussstellung mit Bildern aus der NS-Zeit, die Wahl ihrer Referenten, Kranzniederlegungen mit NPD-Mitgliedern oder die Teilnahme auf einer Rechtsaußen-Messe zeigen, wo sich die „Gothia“ mit ihrem Weltbild positioniert.

Die Burschenschaft Gothia ist Mitglied im Dachverband der ultrarechten Deutschen Burschenschaft. Herr Büge selbst hatte im letzten Jahr angekündigt, wenn die Gothia bis Ende Januar 2013 nicht aus dem Dachverband austritt, tritt er aus der „Gothia“ aus. Herr Büge selbst hat sich diese Frist gesetzt und sie nicht eingehalten.

Erst durch wiederholter Nachfragen und immer neuer Details um die Burschenschaft „Gothia“ und ihre fragwürdige inhaltliche Ausrichtung, sah sich Berliner CDU gezwungen ihn aus seiner Position zu entlassen.

Presse, Parlamentarisches zum Fall Büge:

RBB Abendschau (14.05.2013): [Staatssekretär Büge entlassen.](#)

Tagesspiegel (09.04.2013): [Staatssekretär Michael Büge bleibt in Gothia-Burschenschaft.](#)

Anfrage vom 18.03.2013 [?Aktivitäten von Burschenschaften in Berlin?](#)

Meine mündliche Anfrage vom 25.04.2013 [Staatssekretär immernoch Mitglied in rechter Burschenschaft??](#)

[Meine Rede zur Mitgliedschaft des Staatssekretärs Büge in rechter Burschenschaft](#) im Plenum vom 18.04.2013.

3. Opfer rechtsextremer Gewalt anerkennen!

Für den Raum Berlin sind seit 1990 zwei Todesopfer als Opfer rechtsextremistischer Gewalt nach der Definition „Politisch motivierte Kriminalität“ offiziell anerkannt. Demgegenüber haben die Zeitungen „DIE ZEIT“ und der „Tagesspiegel“ sowie die zivilgesellschaftliche Organisation [Amedeu Antonio Stiftung](#) nach aufwändigen Recherchen für den gleichen Zeitraum zehn Todesopfer rechtsextremer Gewalt ermitteln können. Diese enorme Diskrepanz zwischen den offiziellen Zahlen und den offensichtlich einem rechtsextremen Hintergrund zuzuordnenden Tötungsdelikten ist nicht hinnehmbar.

Ein erster Schritt zur Bekämpfung rechtsextremer Straftaten ist es, die Realität nicht schön zu reden, und die offiziellen Zahlen dementsprechend anzupassen.

Spätestens nach den NSU Ereignissen, sollte ein größeres Bewusstsein über die Risiken einer Geheimhaltungspolitik und fehlender Sensibilität für rechtsextremes Gedankengut vorhanden sein.

Daher hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin einen Antrag (Drs. 17/0297) eingebracht, mit dem der Senat aufgefordert wird, sich auf der Innenministerkonferenz für eine entsprechende Überarbeitung der Kriterien einzusetzen sowie eine erneute Überprüfung bestimmter Fälle vorzunehmen. Sowohl der Verfassungsschutzausschuss als auch der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung haben sich mit leichten Änderungen einstimmig für den Antrag ausgesprochen.

Den im Parlament einstimmig beschlossenen Antrag finden Sie [hier](#).
Die Änderungen zum Antrag finden Sie [hier](#).

4. 1.Mai- nazifrei

Unter dem Motto "Raus aus dem Euro" führte die NPD am 1. Mai eine Demo im Ortsteil Schöneeweide durch und missbrauchten, wie auch in den Vorjahren, den Tag der Arbeit um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.

Mehrere tausend Menschen sind dem Aufruf des breiten Bündnisses ?1.Mai- Nazifrei? gefolgt um sich den Nazis in den Weg zu stellen und Gesicht gegen Rechts zu zeigen.

Die Polizei riegelte quasi den gesamten Stadtteil komplett ab und ein Protest in Sicht- und Hörweite war nicht möglich.

Immer wieder wurde durch die Polizei in unverhältnismäßigen Maße Pfefferspray, Wasserwerfer, Schlagstöcke und Hunde eingesetzt. Dies kritisierten wir im Innenausschuss genauso, wie die Absperrung des. Kaiserstegs für DemonstrationsteilnehmerInnen und AnwohnerInnen oder die Verhinderung der Beobachtung des Polizeieinsatzes durch Abgeordnete.

[Homepage Bündnis 1. Mai- Nazifrei.](#)

Pressemitteilung [Nazifreier 1. Mai - Gegen rechtsextremistische Hetz.](#)

5. Fester Nazitreff in Neukölln

Aus der Antwort des Senats auf meine Anfrage zu rechtsextremen Infrastrukturen in Berlin geht hervor, dass es auch in Berlin Neukölln einen festen Treffpunkt der Neonaziszene gibt. Im Stadtteil Rudow hat sich ein „Jugendzentrum“ etabliert, das ausschließlich von Rechtsextremen genutzt wird. Der Ort wird laut Sicherheitsbehörden insbesondere von den gewaltbereiten Autonomen Nationalisten besucht. Bisher wurde die Existenz des Nazitreffs verschwiegen und die genaue Adresse soll nicht mitgeteilt werden. Wir fordern die Behörden dazu auf, allein schon zum Schutz der AnwohnerInnen, die Adresse zu veröffentlichen. Auch Initiativen, die sich vor Ort gegen Rechts engagieren, zeigen sich überrascht, dass die Szene sich dort über lange Zeit unbemerkt treffen konnte, kritisieren die Geheimhaltung durch die Behörden und fordern daher nun mehr Informationen über den Neonazi-Treff ein.

Im Bezirk häuften sich in der Vergangenheit die Übergriffe durch Rechte. Die Opferhilfe ReachOut zählte davon 22 allein im letzten Jahr.

Presse, Parlamentarisches zu diesem Thema:

taz (16.05.2013): [Neonazis breiten sich aus.](#)

6. Presse

@berlin online (16.04.2013): OSZ erhält den Titel "[Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage](#)"

7. Parlamentarisches

Kleine Anfragen:

[KU- Klux- Klan in Berlin](#)

[Rechtsextreme Infrastruktur in Berlin](#)

Mündliche Anfrage:

[Schändung der Stolpersteine in Berlin](#)